



WSH Werte als Kontinuum

WSH TELEX

Montag, der 25. September 2023

Update Politik, Recht und Ökonomie „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich – verfassungsrechtliche Aspekte der Migrationspolitik/Demografie und Migration“

Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich – verfassungsrechtliche Aspekte der Migrationspolitik

von Prof. Dr. Volker Boehme-Neßler

Die Zahlen der Flüchtlinge, die nach Europa und nach Deutschland kommen, steigen. Die Hauptlast bei der Unterbringung und Versorgung tragen die Kommunen - und die schlagen immer lauter Alarm. Schon beginnen Städte und Gemeinden wieder, Turnhallen zu Notunterkünften für Flüchtlinge zu machen. Sie sind offensichtlich an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen. Sogar der Bundespräsident hat den Ernst der Lage erkannt. Deshalb ist Deutschland, wie Italien auch, an der Belastungsgrenze, sagt Steinmeier nach einem Besuch der Flüchtlingscamps auf Lampedusa. Er höre die Hilferufe aus Italien und aus den deutschen Städten und nehme sie ernst. Das ist sehr bemerkenswert. Denn Steinmeier ist ein Präsident, der sich viel stärker als manche seiner Vorgänger zurückhält, wenn es um aktuelle Politik geht. Schon 2015 hat der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede die Problematik auf den Punkt gebracht: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Das gilt immer noch. Weil der Handlungsdruck steigt, häufen sich die politischen Vorschläge. Nicht alles, was vorgeschlagen wird, ist sinnvoll. Und nicht alle Ideen sind verfassungsrechtlich möglich.

Die Verfassung und die Flüchtlinge

Die Verfassung enthält das Grundrecht auf politisches Asyl. Es heißt dort klar und unmissverständlich: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Als der parlamentarische Rat das Grundgesetz 1949 in Kraft setzte, war die Erinnerung an die Barbarei der Nazizeit noch frisch. Wer damals von den Nationalsozialisten verfolgt wurde, hatte allergrößte Schwierigkeiten, im Ausland Schutz zu finden. Dazu gibt es nicht zuletzt zahlreiche Zeugnisse in der Literatur. Vor diesem Hintergrund hat die Verfassung entschieden: Wer in ähnlicher Weise durch seinen Herkunftsstaat verfolgt und ausgegrenzt wird, soll in Deutschland Schutz finden können. Diese hochherzige Regelung ist zum Schutz von Menschen gedacht, die wegen politischer Verfolgung in großer Not sind. Das Grundrecht soll – und kann – nicht Einwanderung und Migration steuern.

Obergrenze für Flüchtlinge?

Der bayerische Ministerpräsident Söder hat vor einigen Tagen eine zahlenmäßige Obergrenze für Flüchtlinge in die Diskussion eingebracht. Sein Vorschlag: ein verbindliches Kontingent von höchstens 200.000 Flüchtlingen pro Jahr. Er nennt das „Integrationsgrenze“. Verfassungsrechtlich ist diese Idee sehr problematisch. Denn das Grundrecht auf Asyl ist unbegrenzt. Die Verfassung erlaubt es nicht, nur einer begrenzten Anzahl von politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Aus der Logik der Norm heraus ist das zwingend. Der Schutz vor politischer Verfolgung bleibt nötig, unabhängig davon, ob ein Kontingent erschöpft ist oder nicht.

Update Politik, Recht und Ökonomie „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich – verfassungsrechtliche Aspekte der Migrationspolitik/Demografie und Migration“

Weil das Grundrecht ein Kontingent verbietet, denken manche darüber nach, das Grundrecht auf Asyl ganz abzuschaffen. Theoretisch wäre das verfassungsrechtlich möglich. Das Grundgesetz kann in vielen Bereichen – nicht in allen – geändert werden. Allerdings braucht man dafür eine 2/3-Mehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat. Das Grundrecht auf Asyl gehört aber – finde ich – zum unverzichtbaren humanen Kernbestand unserer Verfassung. Das Grundgesetz ist nicht irgendeine Verfassung, sondern eine Verfassung, die von der Menschenwürde geprägt ist. Das spricht gegen eine Abschaffung.

Der Kern des Problems

Das Asylgrundrecht ist auch nicht der Kern des Problems. Die Zahl der anerkannten politischen Flüchtlinge, die tatsächlich Asyl bekommen, hält sich deutlich in Grenzen. Das Problem ist die ungesteuerte und illegale Migration. Zu viele Flüchtlinge kommen ins Land, die offensichtlich nicht politisch verfolgt sind. Bei ihnen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass das Asylverfahren mit einer Ablehnung endet. Theoretisch sind sie dann ausreisepflichtig. In der Praxis bleiben aber viele im Land und machen den Schritt in die Illegalität. Abschiebungen funktionieren aus unterschiedlichen Gründen viel zu oft nicht.

Realistischer Pragmatismus statt Ideologie

Gute Politik ist die Kunst des Nötigen und des Möglichen. Die entscheidende Erkenntnis wäre: Wir brauchen ein Asylverfahren, das den wirklich politisch Verfolgten effektiv hilft. Das gebieten die Verfassung und die Menschlichkeit. Parallel dazu brauchen wir schon aus demographischen Gründen eine kluge Einwanderungspolitik. Das gebietet die politische Vernunft und die Ökonomie. Ein Einwanderungsgesetz, das klare Kriterien für eine mögliche Einwanderung definiert, würde einen legalen Weg für potenzielle Einwanderer eröffnen. Es würde auch das Asylverfahren entlasten. Denn wer aus ökonomischen Gründen nach Deutschland will, müsste nicht mehr den illegalen Umweg über das Asylverfahren suchen. Im Augenblick erlebt Deutschland eine starke Einwanderung in die Sozialsysteme, ohne den Bedarf an Fachkräften decken zu können. Das ist keine neue Erkenntnis. Die Lösungsvorschläge, die dazu auf dem Tisch liegen, sind alle längst bekannt. Sie werden seit den 1990er Jahren immer wieder diskutiert. Trotz der Flüchtlingskrise 2015 hat sich an den grundlegenden Problemen nichts geändert. Woran liegt das?

Wie immer gibt es eine ganze Reihe von Ursachen dafür. Ein entscheidender Grund ist: Ein wichtiger Teil der deutschen Politik sieht die Flüchtlingsfrage nicht pragmatisch-realistisch, sondern ideologisch. Für nicht wenige Politiker sind weit offene Grenzen und eine ungehinderte Einwanderung ein Dogma, das nicht hinterfragt werden darf. Wer das dennoch tut, wird in der öffentlichen Debatte schnell als ausländerfeindlich oder gar als rechtsextrem stigmatisiert. Das fördert nicht die Suche nach einem pragmatischen migrationspolitischen Konsens in der Gesellschaft.

Update Politik, Recht und Ökonomie „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich – verfassungsrechtliche Aspekte der Migrationspolitik/Demografie und Migration“

Gefahr für Staat und Gesellschaft

Die Dogmatiker verschließen die Augen vor den extremen Folgen, die diese Flüchtlingspolitik für die Gesellschaft hat. Unkontrollierte, ungesteuerte Zuwanderung schürt in der Bevölkerung Aggressionen gegen Ausländer. Sie spaltet die Gesellschaft und vergiftet Debatten. Sie macht empfänglich für die Parolen der Rechtspopulisten. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen zunehmender illegaler Einwanderung und immer besseren Wahlergebnissen der AfD. Immer wieder zeigen Umfragen, dass die Bürger massiv Vertrauen in den Staat und seine Institutionen verlieren. Das liegt nicht nur, aber doch sehr stark, an der Migrationspolitik. Für einen funktionierenden Staat und eine demokratische Gesellschaft ist das fatal. Man soll nicht schwarzmalen, aber die Lage ist ernster, als manche in der Politik wahrhaben wollen.

Update Politik, Recht und Ökonomie „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich – verfassungsrechtliche Aspekte der Migrationspolitik/Demografie und Migration“

Demografie und Migration

von Univ.-Prof. Dr. André Schmidt

Ab dem Jahr 2030 werden Deutschland die Auswirkungen des demografischen Wandels in aller Deutlichkeit spürbar. Alle langfristigen Schätzungen gehen davon aus, dass spätestens dann der Alterslastenquotient, das ist der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren, den Wert von 50 % deutlich überschritten haben wird. Die Konsequenzen für unsere Sozialsysteme, die allesamt auf dem Generationenvertrag beruhen, sind aktuell im politischen Prozess noch gar nicht ausreichend diskutiert, denn es ist eindeutig prognostizierbar, dass dann das bisher existierende System nur durch drastische Leistungskürzungen überlebensfähig sein wird.

Die demografische Krise – die als Fakt auf die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft zukommen wird – findet aber vor dem Hintergrund der in der aktuellen Diskussion alles dominierenden Klimakrise kaum Beachtung. Die Möglichkeiten, diese demografische Krise abzuwenden sind allesamt kurzfristig sehr begrenzt. Zum einen würde ein hoher Produktivitätsfortschritt helfen, welcher allerdings nicht in Sicht ist. Auch ist fraglich, ob die Wachstumsraten aus der digitalen Transformation und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Zukunft ausreichen werden, dieses Problem effektiv zu begrenzen. Ökonomisch ausgedrückt lässt sich zum anderen die absehbare demografische Krise daher nur durch einen Zuwachs an Humankapital mildern. Mit anderen Worten, wenn das inländische Erwerbspersonenpotential nicht ausreicht, dann müssen Arbeitskräfte importiert werden. Das heißt, die Lücken im inländischen Erwerbspersonenpotenzial müssen durch Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gefüllt werden. Damit kommt die Migration ins Spiel.

In der ökonomischen Theorie wird zunächst Migration grundsätzlich als positiv angesehen. Einwanderung führt zu einem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials und damit zu einer besseren Faktorausstattung einer Volkswirtschaft. Damit steigt das Produktionspotential, was zu höheren wirtschaftlichen Wachstumsraten führen kann. Dies stimmt allerdings nur insofern, als angenommen wird, dass der Produktionsfaktor Arbeit homogen ist und Zuwanderung grundsätzlich zu einem höheren Arbeitsangebot führt. Die ökonomische Theorie fokussiert sich damit auf die Einwanderung in die Arbeitsmärkte.

Dieses Bild ändert sich jedoch sehr schnell, wenn man neben der Zuwanderung in die Arbeitsmärkte auch die Zuwanderung in die Sozialsysteme berücksichtigt. Diese führt im Gegensatz zur ersten Zuwanderungsart nicht zu einer Ausweitung des Arbeitsangebotes, sondern zu einer zusätzlichen Nachfrage nach öffentlichen und sozialen Leistungen, denen kein höherer volkswirtschaftlicher Output gegenübersteht. Mit anderen Worten handelt es sich dann um die Tragik einer Allmende. Das bestehende Sozialsystem ist ein öffentliches Gut, von dessen Nutzen kein Einwohner ausgeschlossen werden kann. Dennoch besteht Rivalität im Konsum, wenn der Kuchen der Sozialleistungen an immer mehr Nutznießer verteilt werden muss, ohne dass höhere Sozialleistungen erwirtschaftet werden.

Update Politik, Recht und Ökonomie „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich – verfassungsrechtliche Aspekte der Migrationspolitik/Demografie und Migration“

Inwieweit nun Migration helfen kann, die demografische Lücke zu schließen hängt vor allem vom Anteil der Migration in die Arbeitsmärkte und in die Sozialsysteme ab. Ist der Anteil der Migration in die Sozialsysteme dominant, dann werden sich dadurch die sozialpolitischen Probleme des demografischen Wandels eher verschärfen, da das Erwerbspersonenpotential nicht steigt und gleichzeitig die Nachfrage nach Sozialleistungen nicht nur durch den höheren Anteil an Rentnern, sondern nun auch durch nicht an dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Migranten ansteigt. Damit droht mehr oder weniger jedem Sozialsystem der Kollaps. Daher ist es aus ökonomischer Sicht durchaus legitim, insbesondere um das Allmende-Gut des Sozialsystems vor einer Übernutzung zu schützen, Obergrenzen für die Einwanderung in die Sozialsysteme zu definieren. Nur auf diesem Weg kann die nachhaltige Tragfähigkeit des Sozialsystems geschützt werden.

Eine effektive Einwanderungspolitik muss daher versuchen, durch die Herstellung anreizkompatibler Arrangements die Einwanderung in die Arbeitsmärkte zu erhöhen und durch geeignete Maßnahmen des Förderns und Forderns die reine Migration in die Sozialsysteme so unattraktiv wie möglich zu machen. Dieser Weg ist durchaus, wie Kanada, Australien und Dänemark sowie neuerdings auch Schweden eindrucksvoll zeigen, mit rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien vereinbar. Es geht dabei nicht darum, Menschen in humanitären Notsituationen keinen Schutz zu bieten. Es geht vor allem darum, zum Schutz der Nachhaltigkeit der Sozialsysteme Massenmigration in diese zu verhindern. Daher ist gerade in der Migrationspolitik Augenmaß gefragt und es ist vordringliche Aufgabe der Politik das Allmende-Gut der Sozialsysteme nachhaltig vor einer Übernutzung zu schützen. Angesichts der statistischen Zahlen, dass im Bereich hochqualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland eine Nettoabwanderung und im Bereich gering bzw. unqualifizierter Arbeitskräfte eine Nettozuwanderung zu verzeichnen ist, sollte die aktuelle Bundesregierung schnell darüber nachdenken, diese Schieflage zu beseitigen.

Herzliche Grüße aus Düsseldorf

Ihre



Christoph Weber

Geschäftsführender Gesellschafter



Professor Dr. André Schmidt

Geschäftsleiter Strategie



Professor Dr. Volker Boehme-Neßler

Wissenschaftlicher Beirat